

Medienkonferenz vom 20. April 2011

## **Grüne und Grünliberal vereint für das Energiegesetz**

Michael Köpfler, Co-Präsident glp Kanton Bern

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Ein Blick in die Zukunft: Was braucht es zusätzlich zum Energiegesetz**

Geschätzte Medienschaffende,

Das Energiegesetz wie es der Grosse Rat verabschiedet hat, ist in der vorliegenden Form bereits ein Kompromiss, aus welchem verschiedene ursprünglich vorgesehene Massnahmen entfernt wurden. An oberster Stelle ist hier die Lenkungsabgabe zu nennen. Das Energiegesetz bleibt damit zwar ein grosser und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um das anzustrebende Ziel einer gänzlichen Versorgung durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erreichen, sind aber weitere Massnahmen auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene notwendig.

Aus ökologischer Sicht ist es sehr bedauerlich, dass die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat die Lenkungsabgabe auf Strom aus dem Gesetz entfernt hat. Mit diesem marktwirtschaftlichen Instrument liesse sich der Stromverbrauch mit Hilfe von monetären Anreizen und ohne zusätzliche Verbote wirksam und effizient reduzieren. Der Kanton Basel-Stadt hat bereits seit dem Jahr 1999 neben einer Förderabgabe auch eine Lenkungsabgabe eingeführt und macht damit ausgezeichnete Erfahrungen.

Ein Vergleich mit der gesamtschweizerischen Situation zeigt, dass der Stromverbrauch im Kanton Basel-Stadt seit der Einführung der Lenkungsabgabe weit weniger stark wächst als im nationalen Durchschnitt, während sich die Wirtschaft gleichzeitig weit überdurchschnittlich entwickelt hat.

Neben dem Wirksamkeitsnachweis der gewählten Instrumente, belegt der Kanton Basel-Stadt damit eindrücklich, dass eine nachhaltige Energiepolitik ein gleichzeitiges Wirtschaftswachstum nicht ausschliesst, sondern dieses sogar begünstigt.

Der Kanton Bern tut gut daran, auch nach einer Annahme der Energiegesetzes im Bereich der Energiepolitik am Ball zu bleiben. Neben Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen muss der Kanton Bern auch seinen Einfluss als Mehrheitsaktionär der BKW entsprechend wahrnehmen und sich klar für eine erneuerbare und atomstromfreie Energiestrategie stark machen. Mit dem aktuell vorliegenden Energiegesetz holt der Kanton Bern im Vergleich zu den anderen Kantonen zwar stark auf, unser Ziel muss es aber sein, zu einem nationalen Spitzenreiter zu werden.

Neben kantonalen Massnahmen sind vor allem auch Massnahmen auf nationaler Ebene angezeigt. So muss die Deckelung bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) so rasch wie möglich aufgehoben werden, damit das Potential an einheimischen erneuerbaren Energiequellen besser genutzt werden kann. Für die Finanzierung fordern die Grünliberalen mit einem Vorstoss im Nationalrat eine Risikoprämie für die heute massiv unterversicherten Kernkraftwerke.

Der goldene Weg wäre für die Grünliberalen schliesslich eine umfassende ökologische Steuerreform, wie sie die Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ vorschlägt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit